

gesamtschweizerische

GROSSDEMO

Samstag, 17. Juni 2006, am Flüchtlingstag Waisenhausplatz Bern 14.00 Uhr

wir haben die nase voll.

Die BrandstifterInnen konnten jahrelang ungestraft eine Hetzkampagne nach der anderen gegen MigrantInnen, sozial Schwache und Andersdenkende entfachen, unterstützt von zu vielen Biedermännern und -frauen.

Sozialer Abbau und neoliberaler Umbau werden nur umsetzbar, wenn wir uns gegeneinander aufhetzen lassen: SchweizerInnen gegen AusländerInnen, Männer gegen Frauen, Niedergelassene gegen Sans-papiers, Junge gegen Alte, ArbeiterInnen gegen Arbeitslose, Gesunde gegen Invalide...

wir gewöhnen uns nicht an die populistische stimmungsmache. - FEEL, Fédération Libertaire des Monta-

Ein Apartheidsfreund als Migrationsminister, ein Justizminister, der Gerichte und Verfassung verhöhnt, ein Polizeiminister, der gegen Flüchtlinge und sozial Schwache hetzt, ParlamentarierInnen, die sich mit unmenschlichen Vorschlägen zum Asyl- und Ausländergesetz gegenseitig überbieten und Kantone, die wetteifern, wer am brutalsten Flüchtlinge und Sans-papiers abschreckt: Daran wollen wir uns nicht gewöhnen.

schluss mit der fremdenfeindlichkeit.

Was haben Migrantlnnen, Flüchtlinge und ihre Freundlnnen bis anhin schon an Demütigungen durchstehen müssen. Die einschlägigen Kampagnen, Abstimmungen und Gesetzesverschärfungen, die wir seit Jahrzehnten ertragen müssen, sind ein Skandal.

2 x nein zu asyl- und ausländergesetz.

Auch die härtesten Asyl- und Ausländergesetze werden die Migration nicht verhindern, wohl aber zu mehr Leid, Rechtlosigkeit, Menschenhandel und moderner Sklaverei führen.

wir sind die schweiz.

Wir alle, die in die Schweiz leben, sind die Schweiz, unabhängig von unserer Herkunft, unserem Pass und unserem Aufenthaltsstatus. Wir stellen uns den BrandstifterInnen in den Weg, und kämpfen weiterhin für die Grundrechte aller. Zusammen gestalten wir diese Gesellschaft.

Aufruf in verschiedenen Sprachen:

www.ohneuns.ch

kein mensch ist illegal

Unterzeichnende Organisationen (Stand 6.4.2006): AGORA, Alternative Kanton Zug, Anti-WTO - Koordination, Asylforum Schaffhausen, Attac Suisse, Augenauf Zürich, CaBi Antirassismus-Treff, C.E.D.R.I, Centre de Contact Suisse - Immigrés Genève, cfd Christlicher Friedensdienst, Collectif de soutien aux Sans-papiers, Collectif des travailleur/euses sans statut légal de Genève CTSSL. Collectif Sans-Papiers La Côte (Genève), Comedia -Die Mediengewerkschaft, Communauté de St'Egidio - Lausanne, coordination Asile Vaud, Demokratische JuristInnen Schweiz (DJS), Europäisches BürgerInnenforum (EBF) / Forum Civique Européen (FCE), Freie ArbeiterInnen Union FAUCH, Forum des étrangères et étrangers de Lausanne gnes FLM, Freundeskreis Cornelius Koch / Cercle d'amis Cornelius Koch, DIDF (Föderation der Demokratischen ArbeiterInnen Vereine), Föderation irakischer Flüchtlinge, Gauche en Mouvement, Gewerkschaftsbund Baselland, Groupe des traivailleur/euses migrantes - Unia Genève, Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA), Grünes Bündnis Bern, Grüne Partei der Schweiz, Humanistische Partei Zürich, Infoladen in der Reitschule, Junge Alternative JA!, Junge Grüne Schweiz, Juso Schweiz / JS Suisse / GS Svizzera, Kurdischer-Türkischer-Schweizerischer Kulturverein (KUTÜSCH) Bern, l'autre syndicat, Marche mondiale des femmes, Migrationskommission SEV, Organisation Socialiste Libertaire OSL/BE, Parti ouvrier populaire neuchâtelois (POP), Plate-forme pour les Sans-Papiers, Religiös-Sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz, Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB, Sindacato Indipendente degli Studenti e Apprendisti (SISA), Socialist Party of Iran, Solidarité avec les femmes sans statut légal, Solidaritätsnetz Ostschweiz, Solidarité sans frontières, Solifonds Zürich, Sozialistisch-Grüne Alternative Zug, SP Schweiz PS Suisse PS Svizzero, Terre des femmes, terre des hommes schweiz. Toleranz95 Chur. Unia, UPA (Université Populaire Albanaise), Verband des Personals öffentlicher Dienste VPOD / SSP. Anmeldung: demo@sosf.ch



2 x NEIN zu den Blochergesetzen

Nein zum diskriminierenden Ausländergesetz.

«Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.» Bundesverfassung, Artikel 8 Das Ausländergesetz (AuG) verstösst gegen diesen Grundsatz. Es schafft ein diskriminierendes Sondergesetz für jene heute in der Schweiz lebenden Migrantlnnen, welche nicht aus einem EU-Land kommen. Das sind über 700>000 Menschen. Aber auch Sans-Papiers und selbst Schweizerlnnen, die mit einer/m Nicht-EU-Bürgerln verheiratet sind, erfahren neue Benachteiligungen:

- · Das Recht auf Familiennachzug wird eingeschränkt: Kinder über 12 Jahre dürfen nur innerhalb eines Jahres nachgezogen werden.
- · Das Recht auf Ehe wird eingeschränkt: Wenn Schweizerlnnen eine Ausländerin oder einen Ausländer heiraten wollen, können die Standesbeamtlnnen neu als Eheschnüfflerlnnen tätig werden und andere Amtsstellen, aber auch die Nachbarlnnen oder ArbeitskollegInnen über die Beziehung befragen. Mit welchen Mitteln die Beamtlnnen Scheinehen feststellen wollen, bleibt dahin gestellt. Das neue AuG öffnet absoluter Willkür und Schnüffelmethoden Tür und Tor.
- · Keine Aufenthaltssicherheit: Selbst nach 10 Jahren regulären Aufenthalts in der Schweiz wird Nicht-EU-BürgerInnen kein Rechtsanspruch auf Niederlassung (Bewilligung C) zugestanden. Und auch Niederlassungsbewilligungen sollen widerrufbar werden.
- · Gewaltopfer werden weiter doppelt bestraft: Bei Trennung der Ehegemeinschaft vor Ablauf von drei Jahren, was einer heute weit verbreiteten Realität entspricht, besteht kein Anspruch auf Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung. Besonders stossend ist, dass Opfer ehelicher Gewalt, die ihren Ehepartner verlassen, ausgewiesen werden können selbst dann, wenn die häusliche Gewalt nachgewiesen ist.

Nein zum unmenschlichen Asylgesetz.

Das revidierte Asylgesetz ist unmenschlich und schafft neue Probleme: Es bringt Menschen in Not, die dringend Hilfe brauchen. Verfolgte, die keine Pässe haben, werden künftig ohne Asylverfahren weggewiesen. Dies verletzt internationales Recht. Unbegleitete Kinder, Traumatisierte, Kranke und ganze Familien landen auf der Strasse. Sie werden ins Elend getrieben. Beugehaft für Jugendliche missachtet die Kinderrechte. Das neue Asylgesetz ist kein Gesetz für Flüchtlinge, sondern es ist ein Gesetz zur Flüchtlingsabwehr.

Nein zu den neuen Zwangsmassnahmen.

In beiden Gesetzen werden absolut unverhältnismässige und menschenverachtende Zwangsmassnahmen festgeschrieben. Nur wenn beide Gesetze abgelehnt werden, können sie verhindert werden. Wer die Schweiz nicht freiwillig verlässt, kommt bis zu zwei Jahre ins Gefängnis. Mit Beugehaft soll der Wille der Menschen gebrochen werden. Selbst Minderjährige werden nicht verschont. Das missachtet die Kinderrechte. Abgewiesene werden schlechter behandelt als Kriminelle. Dagegen wehren wir uns!

Wir fordern Grundrechte für alle.

Alle in der Schweiz lebenden Menschen sollen die gleichen Rechte und Pflichten haben. Wir fordern ein Asylgesetz, das den Flüchtlingen Schutz gewährt, statt sie zu kriminalisieren. Und wir fordern die kollektive Regularisierung aller Sans-Papiers.

Ausländergesetz

willkürlich

ausgrenzend

unmenschlich